

LEMBACHER NACHRICHTEN



Die ÖVP
informiert die Gemeindebewohner

INHALTSVERZEICHNIS

Bürgermeister am Wort	Bgm. Herbert Kumpfmüller	3 - 5
Wußten Sie, daß	Bgm. Herbert Kumpfmüller	6
EG-Anschluß und Landwirtschaft	Johann Winkler	7 - 11
Über den Landwirtschaftsminister	VP-Pressedienst	12 - 13
Familienbeihilfe und Steuerreform 1994	Josef Wakolbinger	14 - 15
Aus der Jungen ÖVP Lembach	Josef Reinthaler	16
Veranstaltungskalender	Josef Reiter	17
Der ÖAAB zur Pensionsreform	ÖAAB-Landesorg.	18
Umweltschutz am Arbeitsplatz	Umweltakademie	19
Sicherheit - Eine Herausforderung unserer Zeit	VP-Pressedienst	20
Kultur und Chronik	Walter Sellner	21 - 22
Unterhaltung	David Winkler	23
Die NEUE BAHN (Zugfahrplan)		24

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

ÖVP-Ortsgruppe Lembach

Für den Inhalt verantwortlich:

Johann Winkler, Buchetwies 11, 4132 Lembach

Layout: Josef Reinthaler

Druck: Eigenvervielfältigung

Ausgabe: Mai 1993

Einen
erholsamen Urlaub
wünscht die
Redaktion der
Lembacher Nachrichten

Liebe Lembacherinnen!

Liebe Lembacher!

Viele Mitbürger und Mitbürgerinnen interessieren sich scheinbar kaum für Politik, auch nicht für Gemeindepolitik - es sein denn:

- daß ein Rohrbruch die Wasserversorgung beeinträchtigt oder jemand eine Wohnung braucht;

- daß ein eigenes, fremdes oder öffentliches Bauvorhaben umstritten ist **oder:** daß ihr Kind möglicherweise keinen Kindergartenplatz bekommt.

Letzteres hat besonders viele Diskussionen ausgelöst: **Was einen betrifft, das ist einem eben doch nicht egal** - die einfachste politische Weisheit, aber auch politische Triebfeder!



BGM. HERBERT KUMPFMÜLLER im Gespräch mit BUNDESMINISTER Dr. WERNER FASSLABEND

DER NEUE KINDERGARTEN: Sehr schön, aber zu klein!

Nach zweijähriger Bauzeit ist **der neue Kindergarten "ST. MARGARITA"** fast fertig eingerichtet, im September wird er von den Kindern bezogen. Mit diesem Umzug wird es einige Veränderungen geben, um welche sich nunmehr ein **"Kindergarten-Komitee"** kümmert: Zwischen der **Gemeinde als Eigentümer** sowie Zahler des Betriebsabganges und der **Pfarrcaritas als Betreiber** des Kindergartens sollen einvernehmliche Problemlösungen gefunden werden.

Unvollständigkeit

Rund **70 Anmeldungen** für das im Herbst beginnende neue Kindergarten-Zeitalter haben gleich große Probleme verursacht, können doch höchstens 56 Kinder in 2 Gruppen im neuen Gebäude untergebracht werden.

14 Kinder abweisen? Und welche? Die Jüngsten? Die Kinder von nicht arbeitenden Müttern? Die gemeindefremden Kinder? Die pfarrfremden Kinder?

Und ein Jahr später dann? 20 Kinder abweisen? - **Das wäre nicht im Sinne unserer Marktgemeinde!**

Mein Vorschlag war daher im Kindergarten-Komitee: Die Pfarrcaritas richtet eine **3. Gruppe im alten Kindergarten** ein, die **Gemeinde deckt** den damit verbundenen, wesentlich **höheren Betriebsabgang** - aber nur unter der Voraussetzung, daß der **Elternbeitrag auf S 650,- pro Monat** (bei 2 Kindern S 1000,-) angehoben wird. Auch den **Eltern muß ein angemessener Beitrag zugemutet werden**, wenn die Gemeinde mit gutem Beispiel vorangeht. Der **Besuch des Kindergartens** soll nicht als ein Abschieben des Kindes abgewertet, sondern **als Bereicherung** für seine - besonders soziale - Entfaltungsmöglichkeit gesehen werden. Diese ist ohnehin dringender denn je!

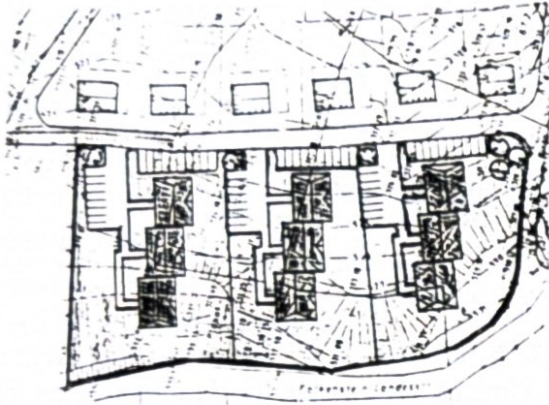
Die größte Hürde war aber das Finden einer **3. Kindergärtnerin**, weil diese derzeit Mangelware sind! Die Ausbildung wurde verlängert, denn die Kindergärtnerinnen müssen nun die Matura machen. Sie können damit aber auch weiterstudieren: Und tun das auch zahlreich! Aber dieses Problem "3. Kindergärtnerin" wurde inzwischen vom **Vorsitzenden des KG-Komitees, Ing. Herbert Altendorfer** zum Glück gelöst.

Die **dritte Gruppe im alten Kindergarten** ist natürlich **keine Dauerlösung!** Wenn der Bedarf weiterhin gegeben ist - und daran habe ich ohnehin nie gezweifelt, wohl aber die zuständigen Landesstellen! - so muß der neue Kindergarten um eine Gruppe erweitert werden. Eine landesweite Untersuchung über den Bedarf an Kindergartenplätzen im Herbst dieses Jahres soll diesen Bedarf erheben.



Die Gemeinde finanziert nicht nur den Betriebsabgang des Kindergartens, auch zur **Kindergarten-Freifahrt** muß die Gemeinde ein **Drittel der Kosten** beisteuern. Die Richtlinien für den Transport legt allerdings das Land O.Ö. fest.

Alljährlich gibt es Probleme, weil manche Kinder außerhalb des Ortsgebietes **nicht bei der Haustür abgeholt** werden können, sondern von den Eltern zu einer Haltestelle gebracht und von dort wieder abgeholt werden müssen - sicher eine Belastung! Aber auch die Kinder im Ort müssen von den Eltern hin- und zurückgebracht werden. Und auch die Kosten für den Kindergarten im Gemeindebudget dürfen nicht ausufern, ein **Kindergartenplatz soll aber möglichst jedem Kind gesichert sein!**



BEBAUUNGSVARIANTE 1

Die Gemeinde wünscht eine **nicht zu hohe Verbauung** in der Teichwegsiedlung. Je **weniger Wohnungen** allerdings das Gebäude hat, umso **höhere Kostenanteile** verursachen Keller und Dach für die **künftigen Bewohner**. Eine brauchbare Variante ist ein **Dachgeschoßausbau**. Eine gleichgute Wohnqualität ist aber nur erreichbar, wenn die Dachkonstruktion keine Verwinkelungen aufweist, also möglichst einfach ist.

Von den Bebauungsvarianten 1, 2 und 3 ist nur die erstere für einen sinnvollen Dachgeschoßausbau geeignet. Für diese Variante werden derzeit Detailpläne erstellt, welche mit den vorgemerkten Wohnungssuchenden in einigen Wochen diskutiert werden sollen.



BEBAUUNGSVARIANTE 3

FREUEN SIE SICH AUF DIE STEUERRFORM 1994?

Die Steuern sollen gesenkt werden, den Leuten wird mehr Geld in der Tasche bleiben. Wer sollte da nicht jubeln?

Die Gemeinde Lembach sollte nicht jubeln, sie wird zu den Verlierern dieser Steuerreform gehören, wenn diese so kommt, wie sie geplant ist: Der **Einnahmenentfall bei den Bundes-Ertragsanteilen** aufgrund der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer (Anteil der Gemeinden: 16 bzw. 24 %) ist durch die **Erhöhung der Kapitalertragssteuer** (Gemeindeanteil: 20 %) verkraftbar. Ein sinkendes Steueraufkommen auf Grund der Wirtschaftsrezession wird aber sicher Spuren im Gemeindebudget hinterlassen. Durch steigenden Konsum wegen der Steuerentlastung werden hoffentlich - wie bei der Reform 1989 - die Umsatzsteuer-Anteile der Gemeinden sich wieder erholen.

Die **Abschaffung der Gewerbesteuer** aber wird in das Lembacher Gemeindebudget ein Loch reißen, welches durch die **Erhöhung der Lohnsummensteuer von 2 auf 3 %** nicht gestopft werden kann, auch wenn die freien Berufe wie Notare, Rechtsanwälte oder Ärzte in Zukunft ebenfalls Lohnsummensteuer bezahlen sollen. Die **Einnahmen aus der Lohnsummensteuer fließen sicherlich regelmäßiger**, die Gewerbesteuererinnahmen hingegen schwanken in den letzten 10 Jahren mehrmals kräftig.

Aber: Wäre eine solche Reform schon 1986 erfolgt, hätte die Gemeinde Lembach in den letzten 7 Jahren etwa ganze 5 Millionen Schilling weniger an Steuereinnahmen gehabt, wie meine Berechnungen ergaben:

VERGLEICHSAZAHLEN:

JAHR	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	GESAMT
GESAMTE								
GEMEINDE-ST	2.698	2.846	3.786	3.595	4.765	4.567	5.529	27.786
DAVON								
GEWERBE-ST	582	668	1.229	862	1.646	1.524	2.096	8.607
LOHNSU-ST (2%)	711	754	836	1.011	1.096	1.184	1.348	6.940
GEW-ST+LS-ST	1.293	1.422	2.065	1.873	2.742	2.708	3.444	15.547
STEUER-REFORM								
LS-ST (3%)	1.066,5	1.131	1.254	1.516,5	1.644	1.776	2.022	10.410
VERGLEICH								
Differenz	-226,5	-291	-811	-356,5	-1.098	-932	-1.422	-5.137

Weniger Einnahmen: **Das Geld fehlt bei den Investitionen**, denn der laufende Betrieb von Schulen, Kläranlage, Gemeindeamt etc. kann ja nicht eingespart werden, nur Instandhaltungsmaßnahmen könnten teilweise hinausgeschoben werden. **Wenn der Gemeinde pro Jahr rund 1 Million für Investitionen fehlen**, fehlen auch die damit verbundenen Landesförderungen in häufig doppelter Höhe. Die **Aufträge fehlen der Wirtschaft**, großteils der Wirtschaft **unserer Region**. Und daß die Abschaffung der Lohnsummensteuer - sowie der Getränkesteuer - ja auch schon jahrlang gefordert und diskutiert wird, läßt für die Gemeinden noch einiges befürchten.

Und außerdem: Da wird erkannt, daß die immer höhere Besteuerung der Arbeit die "Schwarzarbeit" fördert und Arbeitsplätze vernichtet, daß die Lohnnebenkosten in Österreich europäische Spitze darstellen - und handelt: **indem man die Arbeit noch höher besteuert!**

Die Gemeinden Österreichs sind der größte Investor, noch vor der Industrie! Und während diese hauptsächlich in den Zentralräumen investiert, **investieren die Gemeinden in ihrer Region.**

Ein Ausweg? Entweder die Gemeinde wird in Zukunft nur mehr weniger für die Bewohner leisten können, oder andere Steuern bzw. Gebühren erhöhen müssen, um die nötigen Einnahmen sicherzustellen: Die Kanalgebühren würden die Kosten annähernd decken müssen, was erst ab einem Kubikmeterpreis von 25-30 Schilling (derzeit S 18,50) der Fall wäre, und mit dem Verkauf von Wasser müßte ordentlicher Gewinn erwirtschaftet werden. Auch die Grundsteuer müßte abermals erhöht werden.

Jubel?

Wenn öffentliche Leistungen von den Bürgern gewünscht werden, müssen sie natürlich bezahlt werden: von ihren eigenen Steuergeldern!

PARTEIENVERKEHR

Um die **Arbeit in der Gemeindekanzlei** möglichst rationell erledigen zu können, werden die Gemeindebewohner ersucht, nach Möglichkeit die für den Parteienverkehr vorgesehenen Vormittagsstunden einzuhalten. Zahlreiche Aufgaben können nur dann rasch erledigt werden, wenn die Bediensteten bei der Sache bleiben und diese zügig bearbeiten können. In dringenden Fällen zeigen die Bediensteten natürlich Verständnis, die Bevölkerung für dieses Anliegen sicher auch!

WASSERGEBÜHR

Bei der im letzten Jahr vom Gemeinderat beschlossenen Wasser-Gebührenordnung wurde eine **Mindestbezugsgebühr für 50 m3 Wasser pro Haushalt** festgelegt, da die Wasserbevorratung vermehrt Geld kostet und allen - unabhängig vom derzeitigen Verbrauch - zugute kommt. Dies wird in Erinnerung gerufen, um Unklarheiten bei der Verrechnung vorweg zu vermeiden.

H. BÜRGERMEISTER
Kumpfmüller

*...daß wir **Dipl. Ing. Peter Söser**, zur Promotion zum **Doktor der technischen Wissenschaften** an der Technischen Universität in Graz gratulieren dürfen?

*...daß **Albin Schweitzer** die **Meisterprüfung im Malermeistergewerbe** mit Erfolg abgelegt hat? Die Lembacher Nachrichten gratulieren sehr herzlich!

*...daß die **13 Schüler des Polytechnischen Lehrganges** an der Hauptschule Lembach erstmals im Rahmen des Unterrichtes bei ihrem Verkehrserziehungslehrer **Herbert Kumpfmüller** die neuerdings erforderliche **Prüfung für den Mopedausweis** erfolgreich ablegen konnten?

* daß die **Schüler Mario Bruckmüller, Pühringer Christoph und Roland Ried** aus den ersten Klassen der Hauptschule Lembach beim Radfahr-Geschicklichkeitsbewerb "**Wer ist Meister auf 2 Rädern?**" den Titel eines **Bezirksmeisters** gewonnen haben und den Bezirk Rohrbach beim Landesbewerb in Linz vertreten durften?

*...daß die Hauptschülerinnen **Andrea Auer, Claudia Atzgerstorfer, Martina Smetschka, Höglinger Birgit**, u.a. beim **Erste-Hilfe-Bezirksbewerb** in Lembach den **1. Platz** belegt haben und den Bezirk Rohrbach beim Landesbewerb in Ebensee vertreten konnten?

*...daß die Kosten für die **Hauskrankenpflege des Roten Kreuzes** die Sozialversicherungsträger, das Land und die Gemeinden tragen? Für unsere Gemeinde ist nun **Schwester Maria Gierlinger** zuständig, ihr Einsatz wird vom Roten Kreuz und dem Hausarzt koordiniert.

*...daß mit **Sigrid Pamminger aus Neustift** die **Familienhelferinnen-Station** für unseren Gerichtsbezirk neu besetzt wurde? Die Grundaufgabe der Familienhelferin liegt darin, dort zu arbeiten, wo durch den Ausfall der Hausfrau und Mutter ein Engpaß entsteht. Der Kostenbeitrag wird nach dem Familien-Nettoeinkommen berechnet, den Rest zahlen Land und Gemeinden. Weitere Informationen geben gerne die Familienhelferin (07286/7055) sowie die **Einsatzleiterin, Frau Elisabeth Leitner**, Pernerstorf 22 (07286/7539)

* daß in den Sommermonaten immer wieder **Brände durch Heuselbstentzündung** zu verzeichnen sind? Wie man aus bakteriologischen Untersuchungen weiß, kann eine Selbstentzündung durch einen hohen Anteil an wärmeliebenden Bakterien eintreten. Eine **Überwachung des Heustockes mittels Meßsonde** ist daher während und nach der Erntezeit regelmäßig zu empfehlen. Beim Auftreten kritischer Temperaturen von 70°C oder mehr kann die **Feuerwehr durch Belüftung oder Umschichtung des Heustockes** Gegenmaßnahmen einleiten. Für Fragen zum Vorbeugenden Brandschutz steht die O.Ö. Brandverhütungsstelle unter der Tel. Nr. 0660/345 zum Ortstarif zur Verfügung.

EG-ANSCHLUSS UND LANDWIRTSCHAFT

Auswirkungen auf Ökonomie und Ökologie

Was würden die Leute zur Antwort geben, wenn man die Frage stellen würde: *"Welches ist die Aufgabe der Landwirtschaft?"* Sie würden wohl in den meisten Fällen erwidern: *"Die Erzeugung von Lebensmitteln"* oder *"Die Ernährung des Volkes"*. Diese Antwort ist sicher nicht falsch. Aber sie ist unvollständig. Sie zeigt uns, daß vielfach über die Doppelfunktion der Landwirtschaft zu wenig Bewußtsein und Klarheit besteht.

Die Landwirtschaft beansprucht, nutzt und beeinflußt im Zusammenhang mit der Lebensmittelerzeugung

den Boden
das Wasser
die Luft,
die Pflanzen- und Tierwelt und
die Landschaft.

DER BODEN

Der Bauer braucht ihn, damit auf ihm unsere Nahrungsmittel und die Futtermittel für die Tiere wachsen können. Der Boden ist damit praktisch die entscheidende Lebensgrundlage für Mensch und Tier. Diese Lebensgrundlage gesund und leistungsfähig zu erhalten liegt im Interesse aller Menschen.

DAS WASSER

Der Bauer braucht Wasser und beeinflußt das Wasser im Boden, das Grundwasser, das vielerorts als Trinkwasser herangezogen wird, das also wiederum alle brauchen. Eine negative Beeinflussung des Wassers kann seitens der Landwirtschaft vor allem durch Dünge- und Pflanzenschutzmittel erfolgen.

DIE LUFT

Die Landwirtschaft kann auch die Luft beeinflussen. Positiv, indem durch Förderung eines reichen Pflanzenbewuchses die Blätter viel Kohlendioxid, ein Abfallprodukt der Atmung und Verbrennung, verarbeiten. Negativ (sagen die Fachleute), indem bei schlechten Bodenverhältnissen (Luftmangel im Boden) und bei reichlicher Nitratdüngung Bodenbakterien Düngestickstoff in gasförmige Form überführen, dieser Stickstoff in die Atmosphäre aufsteigt und die Ozonschicht negativ beeinflußt.

DIE PFLANZEN- UND TIERWELT

Je nachdem, wie die Landwirtschaft betrieben wird, kann dies der Erhaltung vielseitiger Pflanzen- und Tierarten, von denen jede Art in der Natur irgendwo eine Aufgabe hat, dienlich sein oder ihre Verminderung oder gar Ausrottung fördern.

DIE LANDSCHAFT ALS LEBENS- UND ERHOLUNGSRAUM

Die Art der Landbewirtschaftung hat auch einen enormen Einfluß auf den Wert einer Gegend als Lebens- und Erholungsraum. In die Landschaft eingebettete schmucke Bauernhöfe mit einer vielseitigen Landbewirtschaftung rundum, mit Wiesen, weidenden Kühen, abwechslungsreichen Äckern und Obstanlagen bieten einen ganz unvergleichlich höheren Erholungswert als eine eintönige Agrarsteppe, in der es etwa nur Weizen und da und dort einen hallenförmigen Stall oder eine ebensolche Scheune gibt. Welchen Wert hätte Österreich als Fremdenverkehrsland, wenn unsere schwer zu bewirtschaftenden Bergbauernhöfe Wald wären.

Boden, Wasser, Luft, die Pflanzen- und Tierwelt sowie die Landschaft sind also neben den erzeugten Lebensmitteln unser aller Lebensgrundlagen. Durch die Art, wie nun Lebensmittel erzeugt werden, erfolgt, wie wir festgestellt haben, entweder eine positive oder eine negative Beeinflussung derselben durch die Landwirtschaft.

Geschieht dies im positiven Sinne, dann erbringt der Bauer - so kann man das auch formulieren - eine Dienstleistung an der Natur, auch als Nebenleistung der Landwirtschaft bezeichnet.

Erfolgt dies im negativen Sinne, wird diese Leistung eben nicht erbracht. *"Nur der Bauer als Naturnutzer kann die Natur schützen - oder er schützt sie nicht. Die sogenannten Naturschützer sind nur Anwälte der Natur."*

KONFLIKTFELD ÖKOLOGIE - ÖKONOMIE

Grob gesprochen kann man sagen, daß etwa bis Mitte dieses Jahrhunderts der Bauer mehr oder weniger zwangsläufig und ohne daß es ihm selbst wie der übrigen Bevölkerung bewußt war, mit der Lebensmittelerzeugung auch die Dienstleistungsaufgabe an der Natur erfüllt hat. In den folgenden Jahrzehnten hat sich dann die Situation in der Landwirtschaft stark gewandelt.

Aus verschiedensten Gründen sahen sich die Bauern gezwungen, Lebensmittel immer billiger zu erzeugen. Aus einer Statistik ist zu entnehmen, daß 1954 der Durchschnittsösterreicher 49 % seines Einkommens für Lebensmittel ausgab, 1964 waren es noch 23,5 %, 1974 27,2 % und im Jahre 1984 nur noch 23,5 % (eine gründliche Erhebung erfolgt alle zehn Jahre). Der Zwang zur Billigproduktion und der Versuch, die Bauern hierbei fachlich zu unterstützen, führt nun zu verschiedensten Maßnahmen, von denen schlagwortartig nur die wichtigsten genannt sein sollen:

- **Spezialisierung**, z.B. Vereinfachung der Fruchtfolge, Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion, usw.
- **Mechanisierung**, sie kommt bei einem spezialisierten Betrieb billiger als bei einem mehrseitig geführten.
- **Intensivierung** durch Ertragssteigerung bei Pflanze und Tier.
- **Abhängigkeit** von hohem Zukaufdüngereinsatz als Folge der Intensivierung und Spezialisierung.
- **Abhängigkeit** von hohem Pflanzenschutzmittelzukauf und Pharmaka in der Tierhaltung, um einerseits Arbeit zu sparen (Unkrautbekämpfung) und andererseits auch die Folgen einer unökologischen Wirtschaftsweise.

Diese kurz skizzierten Maßnahmen haben den Bauern - zumindest kurzfristig - wirtschaftliche Vorteile gebracht. Sie haben sich aber ökologisch (für den Boden, das Wasser, usw.) in vielen Fällen als nicht günstig bzw. nachteilig erwiesen. So haben wir heute in der Landwirtschaft häufig die Situation, daß das, was (augenblicklich) wirtschaftlich günstig ist, für Natur und Umwelt ungünstig ist und umgekehrt.

Der Bauer befindet sich also vielfach in einer äußerst unangenehmen Situation. Der große wirtschaftliche Druck, unter dem er steht, macht es ihm oft unendlich schwer oder unmöglich, die erwähnte Dienstleistungsaufgabe an der Natur bzw. die erwünschten Nebenleistungen gut zu erfüllen.

Was ihm dabei besonders weh tut, ist, daß jene, die die Nutznießer der niedrigen Lebensmittelpreise sind, ihn dann auch noch wegen der Umweltbelastungen kritisieren, wobei die Kritik im Prinzip berechtigt ist. Man kann nur nicht um billiges Geld beides haben.

STADT UND LAND - HAND IN HAND

Dem Bauern muß es wieder möglich gemacht werden, seine Dienstleistungsaufgabe an der Natur voll zu erfüllen. Es muß ihm wirtschaftlich möglich gemacht werden, ökologisch richtig zu handeln. Hiezu braucht es nicht nur die richtige Einsicht des Bauern, sondern auch die der ganzen Bevölkerung in Stadt und Land.

Es ist weder den Bauern noch der übrigen Bevölkerung noch der Natur geholfen, wenn man die Umweltbelastungen durch die Landwirtschaft bestreitet. Wenn eh alles mehr oder weniger in Ordnung ist, wie dies von Bauern und Agrarpolitikern manchmal behauptet wird, wird man die Leute und/oder den Finanzminister nicht dazu bewegen können, für die Lebensmittel bzw. für die Landwirtschaft mehr Geld auszugeben.

Mehr Geld ist nur zu bekommen, wenn sich gegenüber der derzeitigen Situation etwas ändert. Der erste Weg zur Abgeltung der Dienstleistungsaufgaben durch die Landwirtschaft wäre, zu erreichen, daß die Leute wieder relativ etwas mehr für Lebensmittel ausgeben. Die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist lebensnotwendig. Und dafür müssen wir bereit sein, wieder etwas tiefer in die Tasche zu greifen.

Soweit es auf dem genannten Weg nicht möglich ist, ans Ziel zu kommen, wäre es notwendig, dem Bauern hierfür staatliche Direktzuschüsse zu gewähren, die an ganz konkrete ökologische Leistungen zu binden wären. Hiefür wären zunächst die Mittel, die bisher für die Überschußverwertung ausgegeben wurden, heranzuziehen. Ohne die Hilfe der übrigen Bevölkerung wären die angesprochenen Probleme nicht zu lösen.

UNSERE GEMEINSAME AUFGABE

Es wäre nun also eine ganz aktuelle Aufgabe von uns allen, am besten an Hand vieler praktischer Beispiele, die große Verantwortung der Landwirtschaft nicht nur für gesunde Nahrung, sondern auch für die Erhaltung einer intakten Natur und Umwelt bewußtzumachen.

In dieses Umdenken hinein, dem viele Bauern durch die Umstellung auf biologische Bewirtschaftung immer mehr Rechnung tragen, fällt die Frage der Anpassung der österreichischen Landwirtschaft an die EG-Normen. Hiezu ein kurzer Ausflug in die EG nach Deutschland.

315 HA GETREIDE FÜR DEN BRUTTOLOHNAUFWAND EINES JUNGAKADEMIKERS

50.000,- DM Jahreseinkommen sollte ein entwicklungsfähiger bäuerlicher Betrieb dort heute haben. So hört man und liest man es von bundesdeutschen und bayrischen Agrarfachleuten und auch von Bauern. Das sind umgerechnet 350.000 Schilling. Dieser Betrag entspricht bei uns dem derzeitigen Lohn eines jungen Akademikers beim Land oder bei der Kammer (14 mal S 25.000,-).

In einem Beitrag im "Bayrischen landwirtschaftlichen Wochenblatt" vom 13.2.1993 wird berichtet, daß der Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkunde und Pflanzenbau u.a. folgendes festgestellt hat: Aufgrund der Auswertung der Buchführungsergebnisse von bayerischen Getreidebaubetrieben der Gruppe 50 bis 150 ha, Durchschnitt 77 ha (davon im Schnitt 56 % Pachtfläche), sieht er für die Getreidebauern in dieser genannten Durchschnittsgröße unter süddeutschen Verhältnissen für die Zukunft keine Chance mehr. Die Erzielung eines Jahreseinkommens von 50.000,- DM aus dem Getreidebau beginnt nach seiner Berechnung erst ab einer Getreidefläche von 315 ha. "600 bis 1.500 ha müßten Getreidebaubetriebe haben, um zu einer spürbaren Kostensenkung zu kommen", so zu lesen im genannten Blatt.

Wer bei einem Pappenstiel für ein Kilogramm Getreide als Vollerwerbsbauer noch leben will, muß also (gewaltig) wachsen. Andere müssen dafür weichen. Bäuerliche Existenzvernichtung nach EG-Manier.

NEBENERWERB MIT 90.000 KG MILCHKONTINGENT

In der "Tiroler Bauernzeitung" vom 21.5. wird von einer EG-Erkundungsfahrt von Kammermitarbeitern nach Baden-Württemberg berichtet. Der kleinste von drei Betrieben, die besichtigt wurden, bewirtschaftet 36 ha, davon 13,4 ha zugepachtet, hat 17 Milchkühe (Schwarzbunte, 5.500 kg Milchleistung) und 116 Stück Jungvieh (Bullenmast) und ein Milchkontingent von 90.400 kg. "Der Jungbauer geht halbtätig einem Nebenerwerb nach, da für den Hof keine Zupachtmöglichkeiten bestehen und damit die Betriebsgröße für die Existenzsicherung nicht ausreicht. Der Sohn mit landwirtschaftlicher Ausbildung würde aus dem Blickwinkel der jetzigen Situation nicht mehr den Beruf Bauer wählen, sondern sofort einen qualifizierten Zweitberuf erlernen."

Ein Vorgeschmack auf die EG. Da können von den 95.093 Milchlieferanten des Jahres 1991 in Österreich mit einem Durchschnittskontingent von 23.000 kg gleich 94.376 in den Nebenerwerb gehen. Nur 717 liefern mehr als 100.000 kg und das ist nach EG-Vorstellungen entschieden zu wenig.

In Bayern gab es, um einen Vergleich zu bringen, im Jahre 1992 rund 99.000 Milchlieferanten mit einer durchschnittlichen Lieferleistung von knapp 70.000 kg. Im Bayerischen Landwirtschaftsministerium schätzt man, daß in den nächsten Jahren die Milchlieferantenzahl auf 70.000 zurückgehen wird.

Um nochmals auf die 50.000,- DM Jahreseinkommen zurückzukommen. In der BRD gibt es von Fachleuten und Bauern folgende Rechnung: Durchschnittlicher Reinverdienst pro kg Milch 20 Pfennig (1,40 S), bei einem durchschnittlichen Milchpreis z.B. in Bayern von S 4,50. Reingewinn pro Kuh und Jahr (5.000 kg Milch mal 0,20 DM) 1.000,- DM. Will man 50.000 DM haben, braucht man 50 Kühe.

Damit österreichische Milch als EG-Milch um ein bis zwei Schilling (Erzeugerpreis) billiger werden kann, damit unsere Molkereien die gleiche Startbasis erhalten wie in der EG, muß ein großer Teil der Bauern von der Landwirtschaft Abschied nehmen. Was die sinkenden Preise nicht besorgen, erledigen die EG-Hygienebestimmungen. Jene die bleiben, müssen um so mehr schuften. Kein Wunder, daß sich immer mehr Leute nach einem Schreibtisch drängen.

NATUR- UND BAUERNAUSBEUTUNG ZUGUNSTEN DER INDUSTRIE

Die Industrie und die gewerbliche Wirtschaft wollen, daß die Lebensmittel billig sind. Je weniger die Leute für Nahrung ausgeben müssen, umso mehr industriellen Plunder (der bald auf dem Müllberg landet, um wieder neuen kaufen zu müssen) können sich die Leute anschaffen. Je mehr Bauern agrarindustrielle Vorleistungen einsetzen, verbunden mit der verstärkten Ressourcenplünderung, umso weniger Boden, Tiere und Bauern braucht man, um eine bestimmte Menge Nahrung zu erzeugen.

Zu prüfen, ob volkswirtschaftlich die Rechnung mit den niedrigen Erzeugerpreisen für Lebensmittel und der wachsenden Industrieproduktion aufgeht und damit die allgemeine Volkswohlfahrt steigt, dafür fühlt sich niemand verantwortlich.

Man zwingt die Bauern in die Fabriken, um dort noch mehr vom weniger Wichtigen zu erzeugen. Man zwingt sie auf die Baustellen, um noch mehr Natur unwiederbringlich zuzupflastern. Und wenn man dann für immer mehr Fabriksarbeiter und Bauarbeiter plötzlich zu wenig Arbeit hat, dann zahlen wir alle mit erhöhten Arbeitslosenversicherungs- bzw. Sozialbeiträgen, was wir für Lebensmittel - ums Verrecken - nicht zu zahlen bereit sind und haben damit auch noch all das zerstört, wovon vorhin die Rede war.

Die Mechanismen der Landwirtschaft in der EG werden in Österreich nach dem Beitritt im Hinblick auf die dargelegten Fakten zwangsläufig in Richtung von mehr Einsatz von Chemie (Kunstdünger und Spritzmittel) gehen, um durch mehr Produktion die Preise an die EG-Produkte angleichen zu können. Dies hat zwangsläufig eine Verschlechterung von Boden, Wasser und Luft zur Folge. **Die Folge ist weiters eine Überschußproduktion - weiterer Preisverfall - Wachsen oder Weichen (Auflösung unserer bäuerlichen Strukturen) - Flächenstillegung - bäuerliche Existenzvernichtung.**

Wenn dieser Mechanismus der Landwirtschaft der EG auch auf Österreich Anwendung findet und mit dem ist - vielleicht mit etwas Verzögerung - mit Sicherheit zu rechnen und die Gewaltigen in der EG-Landwirtschaft nicht umdenken in Richtung ökosoziale Marktwirtschaft, womit bei der Schwerfälligkeit des EG-Bürokratismus in den nächsten 10 Jahren nicht zu rechnen ist, dann ist das Bauernsterben und die weitere Verschlechterung unseres Bodens, der Luft und des Wassers vorprogrammiert.

Es ist nämlich auch kaum zu erwarten, daß bei der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in der EG Österreichs Bauern, insbesondere die Bergbauern sind hier angesprochen, als wirtschaftliches Notstandsgebiet EG-Subventionen für die Preisangleichung nach unten und die dadurch bedingten Einkommensverluste oder die Landschaftspflege für den Fremdenverkehr, wie man dann diese Bewirtschaftung höchstens noch nennen kann, bekommen.

Gefordert sind daher in dieser Situation ganz besonders unsere Bauernvertreter bis zur Ortsebene herab, dies ihren Schutzbefohlenen bewußt zu machen. Sie sind gefordert, die Verhandlungsergebnisse unserer Bauernvertreter mit der EG genau zu verfolgen und entsprechend zu reagieren.

Wir Österreicher sind gefordert, bereit zu sein, den Bauern für ihre in zunehmendem Maß auf biologischer Basis erzeugten Produkte mehr zu zahlen. Zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und zur Erhaltung unserer so reichen bäuerlichen Kultur, zur Gesunderhaltung von Boden, Luft und Wasser, zur Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Strukturen, die auch unsere Gäste aus dem Ausland so schätzen und letztendlich zur Erhaltung unserer schönen Heimat.



FRANZ FISCHLER

"Stark sein für Österreich"

Landwirtschaftsminister Dr. Franz Fischler ist in jeder Hinsicht ein Tiroler. Und als ein solcher besitzt er all jene Eigenschaften, die so mancher Nicht-Tiroler als Eigenheiten bezeichnet. Gerade in diesen Tagen können wir aber froh sein, einen Minister zu haben, der nach den "Traditionen" seines Volkes denkt und handelt. Denn die "g'sunde Sturheit" des vollbärtigen Westösterreichers hat ein einziges Ziel:

Die Interessen unserer Bauern mit aller Konsequenz zu vertreten!

DER "HERR DOKTOR-NEBENERWERBSBAUER"

Der 1946 in Absam in Tirol geborene Kunstsammler ist seit 1973 verheiratet und Vater von vier Kindern. Nach seiner Gymnasiastenzeit absolvierte der Mann aus dem "goldenen Westen" die Universität für Bodenkultur und Landwirtschaft. Der "Doktor-Nebenerwerbsbauer" - der nicht selten auch heute noch die Axt in seinem Wald schwingt - vertiefte sein einschlägiges Wissen und Verständnis für Österreichs Bauernschaft in sechs Assistentenjahren am Institut für landwirtschaftliche Betriebswirtschaft in der Abteilung Regionalplanung.

EIN TIROLER "OHNE FURCHT UND TADEL"

Seine ersten politischen Erfahrungen machte Franz Fischler 1979 in der Tiroler Landwirtschaftskammer, wo er unter anderem für die Ressorts Bildung, Kultur, Raumordnung und Umweltschutz verantwortlich war. 1982 wurde er Kammeramtssekretär und 1985 Kammeramtsdirektor der Landwirtschaftskammer für Tirol. Im Jahr 1990 folgte der "Grüne Schwarze" - wie er auch oft genannt wird - dem Ruf Josef Rieglers, ins "Kabinett" zu kommen.

Franz Fischler, eines von sechs Kindern einer Kleinbauernfamilie, erwarb sich während seiner politischen Laufbahn sehr schnell den Ruf eines "Tirolers ohne Furcht und Tadel". So erntete er wegen seiner in der Sache konsequenten und manchmal unbequemen Haltung nicht selten auch Lob vom politischen Gegner.

Dabei haben auch Andersdenkende immer die Möglichkeit, dem Minister ungeschminkt ihre Meinungen zu sagen. Und das ohne das Gefühl, "auf taube Ohren" zu stoßen!

Nur als es darum ging, das Ministeramt mit einer Bart-Rasur zu verbinden, stieß man bei Franz Fischler von Anfang an auf Granit.

Und: Franz Fischler ist heute noch der einzige "Barterte" in der Regierung.



Fotos: BM f. Land u. Forstwirtschaft

Wir verhandeln nicht über Österreich Wir verhandeln für unsere Bauern

Der Startschuß zu den EG-Verhandlungen ist gefallen!

Der "große Brocken" - der Bereich Landwirtschaft - macht den Anfang und wird sicher zum schwierigsten Teil des Verhandlungsprozesses. Das liegt auch daran, daß das Team unter Minister Franz Fischler mit ganz konkreten Forderungen und Zielen in die "Brüsseler Arena" steigen wird.

SELBSTBEWUSSTE VERHANDLUNGEN

Österreich wird mit Franz Fischler selbstbewußt auftreten und den EG-Partnern ganz klar sagen:

Die Lebensgrundlagen der österreichischen Landwirtschaft müssen auch in der EG gesichert werden. Österreich wird seine Vorreiterrolle in der europäischen Landwirtschaft auch in der EG behalten.

VIER BEDINGUNGEN FÜR UNSER "JA"

Konkret lassen sich unsere Forderungen an die EG-Verhandlungspartner in vier Punkten zusammenfassen:

1. Es müssen uns ausreichende Übergangsfristen zur Harmonisierung mit der EG-Marktordnung zugesichert werden.
2. Wir verlangen die Absicherung unserer besonderen Agrarstruktur - der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe - im EG-Förderungssystem.
3. Unsere Milch-, Rinder- und Schafproduktion muß ausreichend abgesichert sein.
4. Österreichs Bauern müssen vor Billigexporten aus Osteuropa geschützt werden.

Unsere Konsequenz und die Verhandlungsbereitschaft der EG sind jetzt gefordert!

DAS BESTE MIT SELBSTBEWUSSTSEIN ERREICHEN

Franz Fischler hat immer wieder betont, daß es für ihn um eine sichere Zukunft für Österreichs Bauern geht. Er hat nicht nur einmal gesagt:

"Das wollen und werden wir mit aller Kraft für unsere Bauern in der EG erreichen!"



ÖVP

Wähler-
Service

FAMILIENBEIHILFE

Die Familienbeihilfe wird künftig nicht mehr vom Dienstgeber ausgezahlt, sondern direkt vom Finanzamt. Ausgenommen von dieser Regelung sind Dienstnehmer des Bundes, der Länder und der Gemeinden über 2 000 Einwohner sowie der gemeinnützigen Krankenanstalten.

Gemeinsam mit der Familienbeihilfe wird auch der Kinderabsetzberag ausbezahlt.
Dieser beträgt:

für das erste Kind	S 350.--monatlich
für das zweite Kind	S 525.--monatlich
für das dritte und jedes weitere Kind	S 700.--monatlich

Das Finanzamt wird in einer Aktion, die sich über das heurige Jahr und auch das Jahr 1994 erstrecken wird, allen derzeitigen Familienbeihilfebeziehern ein Datenblatt zusenden, damit diese es entsprechend prüfen und eventuell ergänzen können. Lohn- und Gehaltsempfänger haben die Familienbeihilfenkarte von Ihrem Dienstgeber abzuholen. Der Dienstgeber hat die Familienbeihilfenkarte abzuschließen. Für ihn ist die Auszahlung beendet.

Nun hat die Familie zwei Möglichkeiten:

- 1.) Der Vater bezieht weiterhin die Familienbeihilfe und den Kinderabsetzbetrag. **In diesem Fall muß die Mutter die Verzichtserklärung, die auf dem Datenblatt vorgesehen ist, unterschreiben.** Datenblatt und Familienbeihilfenkarte sind sodann an das Finanzamt zu senden.
- 2.) Die Mutter bezieht künftig Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag, wie es der Gesetzgeber eigentlich vorsieht. In diesem Fall ist ein neuer Antrag zu stellen. **Das Formular hierzu bekommen Sie beim Wählerservicereferenten der ÖVP, Josef Wakolbinger.** Natürlich ist er Ihnen auch gerne beim Ausfüllen behilflich und sendet Ihnen den Antrag samt der alten Familienbeihilfenkarte zum Finanzamt.

STEUERREFORM 1994

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Steuerreform 1994 zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels **noch nicht beschlossen ist.** Die nachfolgenden Einzelheiten sind lediglich von Finanzminister Lacina u. Staatssekretär Ditz in einer Presseaussendung mitgeteilt worden. Natürlich ist es möglich, daß noch Abänderungen vor der Beschlußfassung im Parlament vorgenommen werden.

Lohn- und Einkommenssteuer

Der allgemeine Steuerabsetzbetrag wird um S 3.840.-- angehoben. Dadurch werden Einkommen bis S 11.500.-- nicht mehr besteuert und jeder Steuerpflichtige zahlt jährlich um diesen Betrag weniger.

Vermögens- u. Gewerbesteuer werden abgeschafft

Lohnsummensteuer - Erhöhung von 2% auf 3%

Aktiendividenden u. Erträge aus GmbH Beteiligungen sowie betriebliche Zinserträge von Einzelunternehmen und Personengesellschaften werden, - so wie alle anderen Zinsen auch - mit 22% besteuert.

Rechtsgeschäftsgebühr für Kreditvertrag wird abgeschafft.

Die **Bagatellgrenze bei der Umsatzsteuer**, innerhalb der sie nicht abgeführt werden braucht, sondern dem Steuerpflichtigen verbleibt, wird von jährlich S 40.000.-- auf jährlich S 300.000.-- angehoben. Dies ist ein enormer Vorteil für Leute die in minimalem Umfang Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit (z.B. Vermietung) haben.

Bis zu einer Umsatzgrenze von S 3,000.000.-- soll eine Pauschalierung von Vorsteuer und Gewinn eingeführt werden; im Gastgewerbe bis zu einer **Umsatzgrenze von S 5,000.000.--**, bei **Nahversorgern bis zu S 8,000.000.-**

Insgesamt ein Paket von Steuererleichterungen, das dazu beitragen wird, daß die selbständig Erwerbstätigen, sei es als Freiberufler, oder Gewerbetreibende sowie auch Vermieter **weniger Bürokratie zu bewältigen haben**. Dadurch werden auch weniger Kosten für Steuerberatung anfallen und natürlich sind auch weniger Steuern zu bezahlen. Man will Österreich als Gewerbestandort attraktiv machen. Insbesondere die sehr kleinen Betriebe werden entlastet.

DACHDECKEREI - SPENGLEREI - FASSADENBAU

RUDOLF SCHMIDHOFER



4132 LEMBACH, OÖ., Falkensteinstr. 21, Tel. 0 72 86/ 259-0, Fax 0 72 86/ 74 51

Aus der Jungen ÖVP Lembach

AUFSTELLEN EINES MAIBAUMES

Es wurde schon von verschiedenen Seiten bemängelt, daß in Lembach kein Maibaum mehr aufgestellt wurde. Auch in der JVP Lembach wurde dieses Thema öfters diskutiert. Obmann Günter Höfler und andere engagierte Mitglieder der JVP waren der Ansicht, daß es schade wäre, diese Tradition aussterben zu lassen.

Die jungen "schwarzen Löwen" der JVP -Lembach waren sofort begeistert, als der Obmann vorschlug, daß 1993 die JVP die Maibaum-Organisation übernehmen sollte. Als erstes wurden einige Waldbesitzer wegen einer "Baumspende" befragt. Schließlich erklärte sich dankenswerterweise Herr Ecker Herbert aus Oberlembach bereit, einen Baum zur Verfügung zu stellen. Den Abtransport besorgte die JVP. Als nächstes wurden die Kränze von der Katholischen Jugend Lembach gebunden. Und am 30. April 1993 war es dann soweit: der Maibaum wurde mit einem Kran der Firma Schmidhofer aufgestellt. Für die musikalische Umrahmung sorgte die Musikkapelle Lembach.



STAMMTISCH

Jeden ersten Dienstag im Monat wird im Gh. Haderer-Weinstube ein Stammtisch abgehalten, bei dem die künftigen Aktivitäten besprochen werden.

SOMMERFEST IM FREIBAD LEMBACH:

Am 30. Juli veranstaltet die JVP-Lembach gemeinsam mit dem ÖAAB Lembach einen gemütlichen Abend im Freibad mit Geschicklichkeitsbewerben für jung und alt, Bratwürstl, Käsekrainer, usw. (evtl. auch musikalische Unterhaltung).

DISCOSCHIFF

Ebenfalls im Sommer ist noch eine Fahrt mit dem Discoschiff geplant (für Romantiker und solche, die es werden wollen). Die Organisation wird gemeinsam mit der Ortsgruppe Neustift abgewickelt.



Bei uns is
was looos !!!

- 
- | | |
|---------------|---|
| 10.7.93 | Medley-Konzert in Hofkirchen |
| 17.7.93 | Fußball-Jahreshauptversammlung |
| 18.7.93 | Pfarrfest in Lembach |
| 23/24/25.7.93 | FF-Lembach - Countryfest
in der Edtbauerhalle |
| 30.7.93 | Sommerfest im Freibad |
| 30/31/1.8.93 | Musik-Kultur-Club - OPEN AIR |
| 7/8.8.93 | Strandfest ASKÖ Obermühl |
| 14.8.93 | Weckruf der Musikkapelle Lembach |
| 22.8.93 | SPÖ-Lembach - Waldfest |
| 25/26.9.93 | Lembacher Gesundheitstage |
| 19.10.93 | Jahreshauptversammlung
Musikkapelle Lembach |
| 6.11.93 | Liederabend |
| 8.11.93 | Brustkrebsvorsorge
Vortrag in der Alfons-Dorfner-Halle |

Das Wichtigste zur Pensionsreform

Vorweg:

Trotz aller Unkenrufe von Oppositionsseite wird es zu keinen Beitragserhöhungen kommen. Auch wird es keinerlei Erhöhung des Bundesbeitrages zur Pensionsfinanzierung geben.

- Die Reform wird bewirken, daß bereits nach 40 Versicherungsjahren (derzeit nach 45 Versicherungsjahren 79,5%) die Höchstpension von 80% der Bemessungsgrundlage erlangt werden kann.

- Für die Bemessung der Pension werden in Hinkunft die 15 "besten" Beitragsjahre und nicht wie bisher die letzten 10 bzw. 15 Beitragsjahre herangezogen.
- Die künftige Erhöhung der Pension erfolgt nach der Erhöhung des Nettoeinkommens der unselbständigen Erwerbstätigen (ASVG-Versicherte und Beamte).
- Jeder Erwerbstätige wird selbst bestimmen, um wieviel er durch einen längeren Verbleib im Arbeitsprozeß seine Pension individuell aufbessern kann. Dadurch werden echte Anreize geboten, das faktische Pensionsantrittsalter selbst zu erhöhen, d. h. durch die Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren vor dem Pensionsantritt wird die Pension nicht linear, sondern sogar progressiv anwachsen! Durch die Einführung der "Gleitpension" - ebenfalls eine jahrelange ÖAAB-Forderung -

wird ermöglicht, daß ältere Arbeitnehmer keine Erschwernisse durch Ruhensbestimmungen hinnehmen müssen.

Jemand kann also z. B. künftighin bis maximal 20 Stunden wöchentlich arbeiten, aber seine Pension bereits zu 70% genießen.

- Ein weiterer Aspekt ist die Anrechnung der Kindererziehungszeiten, auch dies war ein zentraler Forderungspunkt des ÖAAB zur Pensionsreform und wurde nun verwirklicht.

ÖAAB-SPRECHTAGE IN DER AK

MONTAG bis FREITAG
 von 9.00 bis 11.00 Uhr

AK-Gebäude, Zimmer 302
 Linz, Weingartshofstraße 2
 Telefon 0 732 / 597 - 25 30



Umweltschutz am Arbeitsplatz

Eine Serie der OÖ. Umweltakademie

1 Schreibgeräte und Kleinmaterial

Den größten Teil des Tags verbringen wir am Arbeitsplatz. In dieser Zeit sind wir vielen Umweltbelastungen ausgesetzt, die oft einen erheblichen Einfluß auf unsere Gesundheit haben und uns vielfach nicht bewußt sind. Daher legen immer mehr Menschen auf einen umweltgerechten Arbeitsplatz Wert. Die OÖ. Umweltakademie nimmt die Sorge um den Erhalt einer intakten Umwelt zum Anlaß, praktische Möglichkeiten des Umweltschutzes im Berufsalltag aufzuzeigen. Beginnen wollen wir diese Serie im Büro und widmen uns heute den Schreibgeräten und Kleinmaterialien.

Bei den Schreibgeräten sind Füllalter betreffend Umwelt und Gesundheit nach wie vor unschlagbar. Tinte besteht zu 97 Prozent aus Wasser, aus unbedenklichen Konservierungstoffen und etwa einem Prozent Farbstoff. Vorsicht ist bei roter, eosinhaltiger Tinte geboten. Eosin ist giftig und behindert den Sauerstofftransport im Blut. Kolbenfüller, die aus einem Tintenfaß nachgefüllt werden, sind die beste Lösung. Ist bereits ein Patronenfüller angeschafft, kann dieser problemlos mit einem Konverter umgerüstet werden. Wird dem Kugelschreiber dennoch der Vorzug gegeben, so soll die Mine auswechselbar und großvolumig sein. Auf Einwegkugelschreibern sollte aus ökologischer Sicht grundsätzlich verzichtet werden. In vielen Fällen reichen unlackierte Bleistifte oder Minenschreiber.

Vermieden werden sollten ebenso Filzstifte und Faserschreiber, die aus PVC sind und gesundheitsschädliche Lösungsmittel enthalten. Alternativen dazu sind formaldehydfreie Filzstifte auf Wasserbasis und wiederbefüllbare Produkte. Noch besser sind unlackierte Buntstifte, die den gleichen Zweck erfüllen. Buntstifte trocknen nicht aus, halten sehr lange und verursachen fast keinen Abfall.

Vorsicht: Nicht auf den Stiften herumkauen. Das Holz ist meist chemisch behandelt, damit es sich besser spitzen läßt.

Trockentextmarker (Holzstifte mit Leuchtpigmenten) eignen sich sehr gut zum Hervorheben von Textstellen und ersetzen kurzlebige Kunststoffprodukte, in

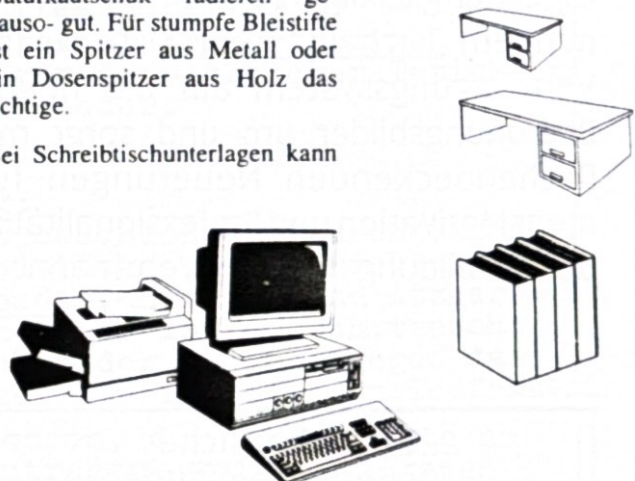
denen Schwermetalle enthalten sein können.

Beim Kleinmaterial steckt der Umwelteufel oft im Detail.

Korrekturlacke mit organischen oder chlorierten Lösungsmitteln können Kopfschmerzen, Schwindel und Schleimhautreizungen hervorrufen. Die Alternative ist daher Korrekturflüssigkeit auf Wasserbasis, die es auch in Grau für Umweltschutzpapier gibt. Radiergummis sind in allen Farben und Formen erhältlich, doch sind sie meist aus PVC. Produkte aus Naturkautschuk radieren genauso gut. Für stumpfe Bleistifte ist ein Spitzer aus Metall oder ein Dosenspitzer aus Holz das Richtige.

Bei Schreibtischunterlagen kann

ebenso wie bei Linealen auf Plastik verzichtet werden; besser sind Unterlagen aus Papier oder Linoleum. Buchenholzlineale mit Metalleinlage halten ein Büroleben lang. Bei Neuanschaffungen von Schreib- und Kleinmaterialien sollte zuerst deren Notwendigkeit überdacht werden. Nur langlebige, meist aus Holz oder Metall hergestellte Bürowaren, die frei von organischen Lösungsmitteln, Formaldehyd, Schwermetallen und PVC sind, können als ökologisch unbedenklich angesehen werden.



Ludwig Anreither

Ges. m. b. H.

Platten - Fliesen - Bodenbeläge
KACHELOFEN - HERDE



4132 Lembach, Hammer 3, Tel. 07286/327
Fax 07286/7491

SICHERHEIT: Eine Herausforderung unserer Zeit

SICHERHEITSEXPERTE
WERNER FASSLABEND

Europa ist heute unsicherer denn je. Wenn die Militärmaschinerie, wie derzeit in unserem Nachbarland, in vollem Einsatz steht, zieht Werner Fasslabend seine strategischen Fäden gezielt für die Sicherheit der Österreicher. Konsequents in der Entscheidung analysiert der gebürtige Marchegger, und somit von Kindes Beinen an gewohnt, über die Grenzen zu blicken, den Ernst der Lage. Der glasklare Logiker mit gewinnendem Lächeln stellt Österreichs Verteidigungssystem auf die neuen Bedrohungsbilder um und sorgt mit flächendeckenden Neuerungen für mehr Motivation und Professionalität in der Ausbildung unserer Wehrmänner.

G R E I F - HEERESGLIEDERUNG NEU

Kernstück des neuen Sicherheitskonzeptes für Österreich ist Fasslabends Heeresreform. "Greif" heißt das von ihm kreierte Schlagwort, das kurz und prägnant sagt, worum es hier geht.

- o Eine grenznahe,
- o rasch verfügbare,
- o einsatzbezogene, integrierte und
- o flexible Landesverteidigung

soll umgehend auf sicherheitspolitische Schwierigkeiten reagieren. Binnen 24 Stunden können 15.000 Mann mobilisiert werden und schützend an der Grenze agieren.

"Österreich wird nach der Heeresreform zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik in der Lage sein, mit den wahrscheinlichen Bedrohungen aus eigener Kraft fertig zu werden", heißt es im Kreise von Verteidigungsstrategen.

Wirtschaftliche Landesverteidigung

Haben Sie sich auch schon einmal überlegt, welche Vorkehrungen in Krisenfällen zum Schutz der Bevölkerung getroffen werden? Zur wirtschaftlichen Landesverteidigung gehört zum Beispiel, daß der Staat darauf achtet, daß für allfällige Krisenzeiten eine umfassende Versorgungsstruktur der Bevölkerung gewährleistet ist. Das bedeutet neben den erforderlichen Maßnahmen der Bevorratung (z.B. Erdöl und Nahrungsmittel), daß die wichtigsten Kommunikationsnetze (z.B. Telefonnetz) in österreichischer Hand sein müssen.



Dr. Werner Fasslabend

Foto: Apostel

Was geschah vor 25 Jahren?

1968	
Tag	Ereignis
2.2.	<u>Unfall:</u> Herr Franz Hauzenberger aus Römersdorf fügte sich beim Abschneiden von Weidenruten (Buchetwies) mit dem Messer am Oberschenkel eine so tiefe Wunde zu, daß er verblutete.
17.2.	<u>Bad:</u> Die Lembacher Bevölkerung spendete innerhalb von 14 Tagen 180 000 S für das geplante Freibad neben der Molkerei.
21.3.	<u>Sportunion:</u> Bei der Jahreshauptversammlung der Union Lembach im Kaffeehaus Furlinger wurde Herr Heinz Hering, Buchhalter bei der Straßenmeisterei, zum neuen Pbmnn bestellt. Herr Hauptschuldirektor <u>Ernhart Brixel</u> legte nach 15jähriger erfolgreicher Tätigkeit seine Obmannstelle nieder.
27.3.	<u>Gemeinderatssitzung:</u> 1) Der Gemeinderat beschloß den Tausch eines geeigneten Grundstückes zur Errichtung des neuen Freibades. Herr Roland Atzgersdorfer, Bäckermeister in Lembach, tauscht seinen Grund neben der Molkereigegen das Areal rund um das alte Bad mit dem Teufelstein. 3) Es wurde beschlossen, die <u>Wäschehütte</u> am <u>Daglesbach</u> abzutragen, weil die Frauen ..ihre Wäsche nicht mehr im Bach schwemmen. (Ursache: Waschmaschinen) In den letzten Jahren schwemmte nur mehr die Malersgattin Frau Adele Krauk die Arbeitskleidung der Maler.
10.6.	
10.6.	<u>Fa. Scharrer:</u> Im Gemeindefestsaal beggann die Fa. Scharrer mit 20 Arbeiterinnen die Produktion.
28.10.	<u>Einweihung des neuen Kriegerdenkmales:</u> 1964 wurde das alte Kriegerdenkmal abgetragen, weil die Pfarrkirche nach Süden erweitert wurde. Da Geldmittel fehlten, errichtete der Lembacher Kameradschaftsbund aus den Steinen des alten Kriegerdenkmales diese neue Gedenkstätte. Herr Pfarrer Karl Pilz nahm die kirchliche Segnung vor.

Was geschah vor 50 Jahren?

1943

Tag	Ereignis
8.3.	ertrank <u>Katharina Kramer</u> , Altersrentnersgattin in Graben Nr. 6.
13.1.	<u>Einberufung</u> von 8 Mann, vorwiegend zum Reichs-Arbeitsdienst.
4.2.	<u>Einberufung</u> von 6 Mann zum Militärdienst
25.3.	<u>Schliessung minderwichtiger Gewerbebetriebe</u> über Verfügung des Landrates Rohrbach.
25.5.	Bei der heute vorgenommenen <u>Pferdemusterung</u> wurden 115 Pferde aufgetrieben.
28.5.	neuerliche <u>Pferdemusterung</u> .
4.6.	<u>Einsatz der Landwacht</u> zur Kontrolle der Ausländer.
16.6.	<u>Übertragung der Strafgerichtsbarkeit</u> des Amtsgerichtes Lembach an das Amtsgericht Rohrbach.
24.6.	<u>Musterung</u> der Jahrgänge 1894 - 1896
20.9.	<u>Einsatz der Landwacht</u> .
31.7.	Gemeindearmer Josef <u>Mühlener</u> , <u>angeblich</u> in St. Martin im Innkreis gestorben. (Wurde von den Nazi weggebracht).
4.10.	<u>Musterung</u> der Jahrgänge 1889 - 1893
18.10.	Creszentia N i g l von Tannberg, kam zur Entbindung nach Linz und nicht mehr zurück.
20.10.	<u>Einberufung</u> von 2 Mann.
21.11.	<u>Einsatz der Landwacht</u> .
23.12.	<u>Einberufung</u> von 3 Mann

in alle



Linz-Urfahr - - Rottenegg - - Aigen-Schlögl



Weitere Zugauskünfte erhalten Sie
bei Ihrem Bahnhof oder den Bahnhöfen

LINZ URFahr 0732-6909-5010
OTTENSHEIM 07234-2288
AIGEN-SCHLÖGL 07281-205

gültig vom 23.V.1993 - 28.V.1994

Buspandverkehr zwischen
Bahnhof Linz Urfahr - Chemie Linz - VÖEST
und zurück

Mo-Fr	Fr	Mo-Do
6.30	13.22	16.25
	13.09	16.12
	13.08	16.11
	13.07	16.10
6.50	13.00	16.03
6.55	12.57	16.00

Haltestellen in der VÖEST:

Bürogebäude ADV	12.56	15.59
Feuerwehr	12.54	15.57
Soz. Geb. Maschbau	12.53	15.56
Walzwerk Süd	12.52	15.55
Bahnmeister Süd	12.51	15.54
Bürogebäude 34	12.50	15.53
Stahlwerk II	12.48	15.51
Bürogebäude 2	12.47	15.50

Die Bahn fährt im Zweistunden-Takt
für alle, die sehr streßgeplagt
Drum!
Spar Energie und Nerven, komm gut an,
fahre mit der NEUEN BAHN

0800 Don. Linz	7701	7703	7705	7707	7709	7711	7713	7715	7717	7719	7721	7723	7725	7727	7729	7731	7733	7735	7737	7739	7741	7743	7745	7747	7749	7751	7753	7755	7757
Aigen-Schlögl	7:30	7:32	7:34	7:36	7:38	7:40	7:42	7:44	7:46	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26
Puchersau West Hu	7:31	7:33	7:35	7:37	7:39	7:41	7:43	7:45	7:47	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27
Puchersau Ost Hu	7:32	7:34	7:36	7:38	7:40	7:42	7:44	7:46	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28
Ottensheim	7:33	7:35	7:37	7:39	7:41	7:43	7:45	7:47	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29
Puchersau West Hu	7:34	7:36	7:38	7:40	7:42	7:44	7:46	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30
Puchersau Ost Hu	7:35	7:37	7:39	7:41	7:43	7:45	7:47	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31
Walding Hu	7:36	7:38	7:40	7:42	7:44	7:46	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32
Rottenegg H	7:37	7:39	7:41	7:43	7:45	7:47	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33
Lacken Hu	7:38	7:40	7:42	7:44	7:46	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34
Rottenegg H	7:39	7:41	7:43	7:45	7:47	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35
Walding Hu	7:40	7:42	7:44	7:46	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36
Ottensheim	7:41	7:43	7:45	7:47	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37
Puchersau West Hu	7:42	7:44	7:46	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38
Puchersau Ost Hu	7:43	7:45	7:47	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39
Lacken Hu	7:44	7:46	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40
Rottenegg H	7:45	7:47	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41
Walding Hu	7:46	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42
Ottensheim	7:47	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43
Puchersau West Hu	7:48	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44
Puchersau Ost Hu	7:49	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45
Lacken Hu	7:50	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46
Rottenegg H	7:51	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47
Walding Hu	7:52	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48
Ottensheim	7:53	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47	8:49
Puchersau West Hu	7:54	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48	8:50
Puchersau Ost Hu	7:55	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47	8:49	8:51
Lacken Hu	7:56	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48	8:50	8:52
Rottenegg H	7:57	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47	8:49	8:51	8:53
Walding Hu	7:58	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48	8:50	8:52	8:54
Ottensheim	7:59	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47	8:49	8:51	8:53	8:55
Puchersau West Hu	8:00	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48	8:50	8:52	8:54	8:56
Puchersau Ost Hu	8:01	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47	8:49	8:51	8:53	8:55	8:57
Lacken Hu	8:02	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48	8:50	8:52	8:54	8:56	8:58
Rottenegg H	8:03	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47	8:49	8:51	8:53	8:55	8:57	8:59
Walding Hu	8:04	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48	8:50	8:52	8:54	8:56	8:58	9:00
Ottensheim	8:05	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47	8:49	8:51	8:53	8:55	8:57	8:59	9:01
Puchersau West Hu	8:06	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48	8:50	8:52	8:54	8:56	8:58	9:00	9:02
Puchersau Ost Hu	8:07	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47	8:49	8:51	8:53	8:55	8:57	8:59	9:01	9:03
Lacken Hu	8:08	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48	8:50	8:52	8:54	8:56	8:58	9:00	9:02	9:04
Rottenegg H	8:09	8:11	8:13	8:15	8:17	8:19	8:21	8:23	8:25	8:27	8:29	8:31	8:33	8:35	8:37	8:39	8:41	8:43	8:45	8:47	8:49	8:51	8:53	8:55	8:57	8:59	9:01	9:03	9:05
Walding Hu	8:10	8:12	8:14	8:16	8:18	8:20	8:22	8:24	8:26	8:28	8:30	8:32	8:34	8:36	8:38	8:40	8:42	8:44	8:46	8:48	8:50	8:52	8:54	8:56	8:58	9:00	9:02	9:04	9:06
Ottensheim	8:11																												



MOFA ab 15

Umfrage untermauert Forderung der JVP

Großes Interesse zeigen die betroffenen Jugendlichen im Bezirk Rohrbach an einer Möglichkeit zum Mofa-Fahren ab 15 Jahren. Das zeigt das Ergebnis einer von der Jungen ÖVP durchgeführten Umfrage, der zufolge mehr als 90 % der 280 befragten Jugendlichen diese Regelung in Anspruch nehmen würden. Mehr als die Hälfte der Befragten benützen für die Fahrt zur Schule oder zum Arbeitsplatz ein öffentliches Verkehrsmittel, nehmen dafür allerdings Wartezeiten von durchschnittlich über einer Stunde in Kauf.

Bei den Lehrlingen können nur knapp 18 % ein öffentliches Verkehrsmittel benützen.

Bezirksobmann Wilfried Kellermann stellte das Ergebnis dieser Umfrage kürzlich im Rahmen einer Bezirkskonferenz der Jungen ÖVP, an der auch Bundesobmann Werner Amon teilnahm, vor. Der Bundesobmann sagte der Bezirks-JVP seine volle Unterstützung zu.

Dieses Problem wurde auch in einem Treffen von Bezirksfunktionären mit Jugend- und Familienministerin Maria Rauch-Kallat besprochen. Die Ministerin sieht keine Möglichkeit für eine generelle Freigabe des Mofa-Fahrens ab 15 Jahren, wohl aber für Ausnahmegenehmigungen in begründeten Fällen. Auch sie versprach, sich für eine entsprechende gesetzliche Regelung einzusetzen.

Wirtschaft aktiv



Im Rahmen eines regionalen Wirtschaftsmanagements ist es wichtig, einzelne bestehende Initiativen zu koordinieren. Der Wirtschaftsbund des Bezirkes Rohrbach hat es sich im Rahmen einer Bezirksklausur zum Ziel gesetzt, einzelne Projekte zu koordinieren. Wie wichtig diese Aufgabe ist, zeigt allein die Tatsache, daß es jede Menge von Arbeitskreisen gibt, die derzeit "Nichts miteinander zu tun haben":



Auch Sie können uns wesentlich unterstützen, wenn Sie uns weitere Ihnen bekannte Projekte nennen oder sogar aktiv mitarbeiten möchten.



Anruf Dr. Albert Ettmayer (07289/8145)
genügt: Mag. Klaus Thaller (07289/71349)

Aus dem Parlament



Bundesrat Mag. Gerhard Tusek setzt sich für Verbesserungen bei der Lehrlingsfreifahrt ein

Seit 1. September 1992 gibt es für die Fahrt von und zum Arbeitsplatz die Lehrlingsfreifahrt, wenn öffentliche Verkehrsmittel benützt werden können. Gerade in ländlichen Regionen wie dem Bezirk Rohrbach steht vielen Lehrlingen aber kein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung. Sie können von dieser Vergünstigung daher keinen Gebrauch machen und sind weiterhin auf ihr Mofa, private Transportmittel und ähnliches angewiesen.

Bundesrat Mag. Gerhard Tusek hat daher kürzlich in einer parlamentarischen Anfrage an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie Überlegungen angeregt, jenen Lehrlingen, die derzeit von der Lehrlingsfreifahrt keinen Gebrauch machen können, einen Fahrtkostenzuschuß zu gewähren.

Nach Vorstellungen von Bundesrat Mag. Tusek soll diese Entschädigung aus Gründen der einfacheren Abwicklung gemeinsam mit der Lehrlingsentschädigung direkt an die Lehrlinge ausbezahlt werden.

Service aktuell



Neue Regelung bei der Wohnbauförderung

Je nach der Kinderanzahl der Förderungswerber gibt es nun verschiedene Förderungsmodelle:

Für Familien mit einem Kind oder ohne Kinder:

S 350.000,-- Sockeldarlehen
S 25.000,-- Darlehen für 1 Kind
S 25.000,-- einmalige Beihilfe für 1 Kind
Laufzeit: 20 Jahre

Anspruch auf Wohnbeihilfe ab Beginn der Rückzahlung des Förderungsdarlehens.

Für Familien ab dem zweiten Kind:

S 700.000,-- Förderungsdarlehen, zusätzlich
S 100.000,-- für jedes weitere Kind
Laufzeit: 30 Jahre
Kein Anspruch auf Wohnbeihilfe.

Eigenheim in der Gruppe:

S 550.000,-- Sockeldarlehen, zusätzlich
S 100.000,-- je Kind
Rückzahlung wie bei Familien ab dem 2. Kind.

Die Förderung für die Errichtung einer zweiten Wohneinheit wurde von S 150.000,-- auf S 200.000,-- erhöht.

VIP's unterwegs im Bezirk Rohrbach

Bedeutende Persönlichkeiten
waren in den letzten Wochen
zu Besuch im Bezirk Rohrbach

Verteidigungsminister
**Dr. Werner
FASSLABEND ...**



... Im Gespräch mit
jungen Leuten ...



... und der ÖVP-Spitze
des Bezirkes Rohrbach
im Gasthaus Peinbauer
in Altenfelden



JVP-Bundesobmann **Werner AMO...**



... bei der Bezirkskonferenz
der Jungen ÖVP im
Jugendclub Salü in Rohrbach

ÖVP-Sozialsprecher
**NR Dr. Gottfried
FEURSTEIN ...**



... referierte im Gasthaus
Koblmüller in Annreit zum Thema
"Ist unser Sozialsystem
noch zeitgemäß?"



Finanz-Staatssekretär
Dr. Johannes DITZ ...

Wir machen uns stark
für kleine und mittelbetriebl.



... erläuterte vor einem vollen Saal
in der Handelskammer Rohrbach
die Auswirkungen der kommenden
Steuerreform.

Bilder wie dieses gehören seit 1. Jänner der Vergangenheit an. Das öö. Spielapparategesetz hat dafür gesorgt, daß Geldspielautomaten aus Lokalen und Minicasinós verschwunden sind. Nur wenige Monate nach dem „Aus“ für die Geldschlucker versucht die Automatenwirtschaft nun, ihnen durch die Hintertür ein Comeback zu verschaffen: Das „Kleine Glücksspiel“ mit Einsatz- und Gewinnobergrenzen soll in Oberösterreich eingeführt werden. „Unkontrollierbar und daher unsinnig“, erteilt VP-Klubobmann Franz Hiesl dieser Forderung der Automatenhersteller eine klare Absage.



Kein Comeback für Geldschlucker



Klubobmann Franz Hiesl: Geldspielautomaten-Verbot bleibt!

Mehr als 10.000 Geldspielautomaten lockten bis Ende 1992 oberösterreichweit zu einem Spielchen und vielen Jugendlichen das Geld aus der Tasche. Junge Leute mit zigtausend Schilling Spiel-schulden waren die Folge. Damit hat das öö. Spielapparategesetz mit einem Totalverbot von Geldspielautomaten Schluß gemacht. Nicht einmal ein halbes Jahr später versucht nun die Automatenwirtschaft, wieder an die dadurch verlorenen Millionen-gewinne heranzukommen. Das Zauberwort heißt

dabei „Kleines Glücksspiel“, also limitierte Einsätze und Gewinne. Ein „Zauberwort“, das Klubobmann Hiesl anhand von praktischen Erfahrungen in anderen Bundesländern rasch entzaubern kann: „Wo immer es das kleine Glücksspiel bisher gegeben hat, hat es sich als Flop erwiesen. Die Ursache dafür liegt auf der Hand: Niemand kann diese Regelung überprüfen. Eine Einführung des ‚Kleinen Glücksspiels‘ würde also nur bedeuten, daß Oberösterreich wieder zu einem Paradies für Geld-

spielautomaten wird“, argumentiert Hiesl. Während Geldspielautomaten keine Chance auf eine Legalisierung durch die Hintertür haben, wurde das Spielapparategesetz trotzdem abgeändert. „Die bürokratischen Hemmnisse für Gastronomen müssen möglichst gering gehalten werden“, betont Hiesl: „Es war unsinnig, für Fußballtische amtsärztliche Atteste zu verlangen. Da hat die Bürokratie überzogen, und das haben wir gestoppt.“

59 Milliarden Schilling wurden seit 1981 von wechselnden SPÖ-Ministern in die Verstaatlichte gepumpt. Trotzdem gingen seit 1986 mehr als 30.000 Arbeitsplätze in der Verstaatlichten verloren. Fazit: Die SPÖ-Verstaatlichten-Politik ist endgültig gescheitert. Vizekanzler Busek fordert gemeinsam mit dem ÖVP-Bundesparteivorstand von Bundeskanzler und Verstaatlichtenminister daher jetzt folgende Maßnahmen:

- Schluß mit der geschei-

Verstaatlichte: SPÖ endgültig gescheitert

terten Mischkonzern-Idee. Die Austrian-Industries sollen mittelfristig aufgelöst werden. Die dezentralen Unternehmenseinheiten müssen dagegen gestärkt und für privatisierungsfähige Betriebe Käufer gesucht werden.

- Ein Notverkauf der ÖMV kommt für die Volkspartei nicht in Frage.

● Wo fahrlässiges Handeln der verantwortlichen Manager festgestellt wird, müssen diese zur Verantwortung gezogen werden.

● Für jene Standorte, für die eine Sanierung nicht möglich ist, muß ein Maßnahmenpaket vereinbart werden. In Problemregionen sollen konkrete Anreize zur Ansiedlung neuer,

zukunftsorientierter Unternehmen geschaffen werden.

„Die Volkspartei ist zur Unterstützung seriöser und nachvollziehbarer Zukunftsstrategien für die Verstaatlichte bereit“, betont Vizekanzler Busek. Dem Verkauf von Unternehmenswerten stimmt die ÖVP aber nur dann zu, wenn klare Strukturkonzepte vorliegen. „Konzeptlose Notverkäufe zum Stopfen von Finanzlöchern lehnen wir ab“, so Busek.

Mehrheit für Lambach/Saag



Fast 70 Prozent der Oberösterreicher wollen, daß mehr für die Arbeitsplatzsicherung getan wird. Der Bau von Lambach/Saag wäre ein Beitrag dazu.

Die Oberösterreicher stehen voll hinter der Entscheidung von Landeshauptmann Ratzenböck, das Traunkraftwerk Lambach/Saag zu bauen: 56 Prozent sind dafür, nur 25 Prozent sind gegen den Kraftwerksbau. 57 Prozent begrüßen die Entscheidung des Landeshauptmannes, nur 18 Prozent finden sie unrichtig. 89 Prozent der Oberösterreicher sind überdies der Meinung, daß man auf Wasserkraft am wenigsten verzichten kann. Das hat jetzt eine IMAS-Umfrage ergeben.

Dazu kommt, daß Sicherung der Arbeitsplätze wieder höchste Dringlichkeitsstufe für die Bürger hat: 69 Prozent sind nach jüngsten Umfragen der Meinung, zur Arbeitsplatzsicherung sollte mehr als bisher geschehen. „Gerade vor diesem Hintergrund gewinnt der Kraftwerksbau zusätzlich an Bedeutung“, erklärt Landeshauptmann Ratzenböck: „Der volkswirtschaftliche Wert dieses Projektes ist nicht zu unterschätzen. Die Baukosten von rund 1,7 Milliarden Schilling würden zur Gänze die heimische Bauwirtschaft ankurbeln und 1300 Arbeitsplätze bringen.

Darüber hinaus sprechen eine Reihe umweltpolitischer Gründe für dieses Kraftwerk: Wasserkraftstrom ist eine der umweltfreundlichsten Arten der Energiegewinnung, die wir kennen“, so Ratzenböck: „Der in Lambach/Saag produzierte Strom würde die Umwelt von Emissionen aus kalorischen Kraftwerken bezüglich Abwärme und CO₂-Ausstoß beträchtlich entlasten.“ Lambach/Saag wäre auch ein weiterer Beitrag zum Energiesparen. Mit einem Wirkungsgrad von 85 Prozent wird die Energie des Wassers bestmöglich in Elektrizität umgewandelt.

„Alles in allem sprechen alle Fakten, die auf dem Tisch liegen, für einen Bau“, so Ratzenböck: „Wir werden daher darangehen, im Interesse Oberösterreichs und seiner Bürger die Wasserkraft rücksichtsvoll, aber konsequent auszubauen.“

Musiktheater:

Noch bis vor kurzem stand die Notwendigkeit eines Musiktheaters in Oberösterreich außer Streit. Das ist seit einigen Monaten anders: Die FPÖ glaubt eine Anti-Musiktheaterstimmung im Lande zu orten und versucht nun daraus politisches Kapital zu schlagen. Achatz & Co hoffen dabei scheinbar auf die Vergeßlichkeit der Oberösterreicher. Denn immerhin hat die FPÖ noch vor nicht allzulanger Zeit vehement jenes Musiktheater gefordert, von dem sie nun nichts mehr wissen will.

Beispiele gefällig?

- „Im Bereich der darstellenden Kunst kommt dem Bau des Musiktheaters eine immense Bedeutung zu (...) Oberösterreich – und dazu bekenne ich mich – braucht eine moderne

und funktionsfähige Spielstätte, die im derzeitigen Landestheater nicht mehr gegeben ist.“

(3. Landtagspräsident Bodingbauer, Dezember 1992)

- „Obwohl wir über die Kosten schon einigermaßen Bescheid wissen, kann es sich ein so reiches Bundesland wie Oberösterreich nicht leisten, auf eine moderne und funktionsfähige Spielstätte zu verzichten.“ (derselbe)

- „Der Umbau des alten Theaters wäre die kleinkarierteste Lösung, die wir uns vorstellen können, und wahrscheinlich auch die teuerste.“

(Landesrat Achatz, Dezember 1990)

- „Die Freunde des Musiktheaters sollten nicht länger im unklaren gelas-

sen werden. Man soll die Diskussion nicht mehr in die Länge ziehen, die Entscheidung über den Standort und die Qualität des künftigen Betriebes sollte getroffen werden.“

(Landesrat Achatz, Dezember 1989)

Unbeeindruckt vom FPÖ-Zick-Zack-Kurs bleibt Kulturlandesrat Pühringer bei seinem klaren Bekenntnis zu einem oberösterreichischen Musiktheater: „Der schlechte bauliche Zustand des Landestheaters erfordert rasche Maßnahmen. Wir wollen daher ein Musiktheater für Oper, Operette, Musical und Ballett. Dieses Theater wäre so eine wichtige kulturelle Bereicherung, aber auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für unser Bundesland.“



Landeshauptmann Ratzenböck: Wir bauen die Wasserkraft rücksichtsvoll, aber konsequent aus.